

Gezerre hinter den Kulissen

Wie die Ampelkoalition das Defizit in der GKV ausgleichen will

Über das Rekorddefizit, das die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) in diesem Jahr einfahren wird, haben wir bereits in der letzten Ausgabe berichtet. Doch auch für 2023 sieht es nicht besser aus. 17 Milliarden Euro werden den Krankenkassen nach einer Schätzung ihres Spitzenverbandes fehlen. Darüber, wie sich dieses Finanzloch stopfen lässt, wird in Berlin intensiv diskutiert.

Aus dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) sickerte im März ein Referentenentwurf für ein „Gesetz zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung“ durch. Darin enthalten waren unter anderem Beitragserhöhungen. Doch noch bevor der Entwurf im Bundeskabinett beraten werden konnte, wurde er schon wieder zurückgezogen. Angeblich hatte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sein Veto dagegen eingelegt. „Das lässt das Gezerre hinter den Kulissen der Koalitionspartner erahnen“, kommentierte „DER SPIEGEL“ den Vorgang. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) kündigte lediglich an, dass er „rechtzeitig einen wohlüberlegten Gesetzentwurf“ vorlegen werde.

Der Steuerzuschuss für die GKV beträgt in diesem Jahr rekordverdächtige 28,5 Milliarden Euro. Solche Belastungen des Staatshaushaltes will Lindner im kommenden Jahr offensichtlich vermeiden. Mehr als 14,5 Milliarden Euro sollen aus dem Steueraufkommen nicht mehr an die GKV fließen. Lauterbachs Vorgänger Jens Spahn (CDU) handelte nach dem Motto: Klotzen statt kleckern. „Spahn hat zum Beispiel mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz oder mit den Apps auf Rezept ein Erbe von stark gestiegenen Kosten hinterlassen“, zitierte „DER SPIEGEL“ Gabriele Gröschl-Bahr, GKV-Expertin bei der Gewerkschaft ver.di.

Doch Leistungskürzungen plant auch der neue Bundesgesundheitsminister bislang nicht. Er könnte also vor allem an der Beitragsschraube drehen. Doch auch dagegen gibt es Widerstand. „Es ist sozial ungerecht und ein völlig falsches Signal, dass der Gesundheitsminister die Krankenkassenbeiträge 2023 erhöhen will“, sagte Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbandes, der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. „Das belastet alle Menschen mit kleinen Einkommen in unzumutbarer Weise ausgerechnet in Zeiten hoher Preissteigerungen.“ Bentele forderte stattdessen „eine solidarische Krankenversicherung, in die alle Menschen vom Selbstständigen bis zum Beamten einzahlen“. Außerdem müsse die Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 4.800 Euro auf 7.050 Euro angehoben werden. Damit würden Arbeitnehmer mit höheren Einkommen stärker in die Pflicht genommen. Die Vorschläge des vdk würden den Weg für die Bürgerversicherung ebnen, doch genau die ist durch den Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP ausgeschlossen.

Ein Entlastungsvorschlag scheint dagegen leichter mehrheitsfähig: Die Senkung des Mehrwertsteuersatzes für verschreibungspflichtige Medikamente. „Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, warum für lebenswichtige Produkte wie Arzneimittel von den gesetzlichen Krankenkassen

19 Prozent Mehrwertsteuer gezahlt werden müssen, während beispielsweise für Schnittblumen, Ölgemälde und Haustauben der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent gilt“, sagt Doris Pfeiffer, Chefin des GKV-Spitzenverbandes. Diese Maßnahme könne fünf bis sechs Milliarden Euro Ersparnis bringen. Ebenfalls auf der Wunschliste der Krankenkassen stehen kostendeckende Beiträge für die Bezieher von Arbeitslosengeld II. Bislang bekommen die Krankenkassen im Monat pro Versichertem 108,48 Euro – zu wenig, um die Kosten zu decken. Auch die angeblichen Überkapazitäten in den deutschen Krankenhäusern möchten die Krankenkassen abbauen. TK-Chef Jens Baas spricht von 100.000 überflüssigen Betten. Doch durch die Pandemie haben die Krankenhäuser ein besseres Standing als in der Vergangenheit. Kurzfristige Entlastung könnte ein erneuter Griff in die Finanzreserven der GKV schaffen. Allzu oft wird die Politik diesen Kunstgriff jedoch nicht mehr vollziehen können. Hinzu kommt, dass noch nicht klar ist, wie sich der Krieg in der Ukraine auf die deutsche Wirtschaft und den Arbeitsmarkt auswirkt. Möglicherweise wird das Defizit dadurch noch höher als bislang prognostiziert. Auf Karl Lauterbach und sein Ministerium kommen also große Herausforderungen zu.

Leo Hofmeier